

Herrn
Ralf Eckelmann
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Digitales
Mühlenstraße 2
33824 Werther (Westf.)

Werther, den 22.02.24

Sehr geehrter Herr Eckelmann,

wir bitten, den unten stehenden **Antrag** in den öffentlichen Teil der Tagesordnung der nächsten Sitzung des **Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Digitales** aufzunehmen.

Wir haben versagt!

Durch Berichte von Bürgern, Lokalzeitungen und zuletzt durch das **ARD-Magazin „Report Mainz“** vom 13. Februar 2024 wurde ein erschütterndes und katastrophales Bild von den Arbeitsbedingungen auf den Baustellen des Glasfaserausbaus in Werther und deutschlandweit gezeichnet.

Arbeiter aus Osteuropa, ohne Sprachkenntnisse, wurden gezwungen, bei Rekordtemperaturen im letzten Sommer ohne Sonnenschutz, Zugang zu Trinkwasser und ohne Essen von morgens um 7.00 bis 21.00 am Abend durchzuarbeiten. Ohne vorgeschriebene Arbeitsschutzkleidung, ohne die Möglichkeit, ein WC zu benutzen, mit ständiger Erniedrigung, unmenschlicher Behandlung und Misshandlungen konfrontiert. Der versprochene Lohn für mehrere Monate wurde vorenthalten, Nachfragen mit körperlicher Gewalt und Rausschmiss beantwortet. Für Greenfiber arbeitete ein wegen Körperverletzung vorbestrafter Subunternehmer.

Mitten in Deutschland haben wir es mit derselben „Sklavenarbeit“ wie auf den südeuropäischen Obstplantagen zu tun, kriminelle Strukturen, Sozialkassenbetrug und andere unseriöse Geschäftsgebaren inklusive.

Wie ist das möglich? Ein Ortsbürgermeister aus Rittersheim berichtet Report von seinen Kollegen, die über diese Zustände informiert sind, die Dinge aber mit geschlossenen Augen und mit Hinweis auf die Unzuständigkeit laufen lassen und Probleme wegmoderieren. Sie befürchten, bei einem Baustopp keine Ersatzfirma zu bekommen und länger ohne Glasfaserleitungen dazustehen.

Und wer ist bei diesen öffentlichen Aufträgen verantwortlich für mangelnden Arbeitsschutz, Bauaufsicht, Schwarzarbeitskontrolle? Natürlich niemand - oder im Zweifel immer die anderen. Das Bundesarbeitsministerium gibt 3,6 Mrd. EUR für den Breitbandausbau, ist aber nicht zuständig für die intransparenten Strukturen bei dessen Umsetzung und hat noch nichts von den beschriebenen Zuständen gehört. Der Kreis Gütersloh vergibt den Auftrag, ist aber nicht zuständig für die Bauaufsicht. Greenfiber nimmt den Auftrag an, beauftragt wiederum einen Generalunternehmer (wahlweise sind sie es selbst, falls sie sich nicht gerade als reinen IT-Dienstleister definieren), der wiederum Subunternehmer für alle Gewerke beauftragt. Hier wird es dann völlig unübersichtlich. Wer mit welcher Qualifikation und Beauftragung für Arbeitssicherheit, Koordination, Tiefbau, Montage und Materiallieferung eindeutig zuständig ist, bleibt

gewollt nebulös. So kann die Verantwortung hin- und hergeschoben werden. Zoll und Berufsgenossenschaft kontrollieren die Baustellen nur stichprobenartig - wenn sie denn mal Zeit haben.

Was diese Qualitätsstrukturen für die prekären Bauarbeiter bedeuten, wurde oben beschrieben. Was es für die Stadt Werther bedeutet, lässt sich nur erahnen. Die kilometerlangen Tiefbauarbeiten durch ungeschultes Personal kreuz und quer durch die Ortsteile und demnächst auch durch das Stadtgebiet sind noch längst nicht abgeschlossen. Wer garantiert angesichts der vielen bisherigen Havarien und Leitungsprobleme, dass es störungsfrei weitergeht? Finden die Leitungsverlegungen wie vorgeschrieben statt und werden sie zukunftsicher und fehlerfrei dokumentiert? Wir haben da unsere Zweifel, da die Verwaltung nach eigener Aussage oft nicht weiss, welche Firma mit welchem Auftrag gerade buddelt. Wenn unter Zeit- und Kostendruck von nicht ausgebildetem Personal in der Innenstadt Leitungen „geschossen“ werden, kann man das Schlimmste befürchten. Wer haftet bei Fehlleistungen? Bei evtl. Schadensersatzforderungen In einigen Jahren werden mit Sicherheit keine Verantwortlichen mehr auffindbar sein, oder sie sind insolvent.

Um die massive Ausbeutung für die Zukunft zu verhindern, und um Werthers Infrastruktur zu sichern, stellen wir folgenden **Antrag**:

- 1. Die Verwaltung wird aufgefordert, die Bevölkerung über das beklagenswerte Geschehen zu informieren (Homepage, Presse, Facebook etc) und diese zu bitten, Vorkommnisse und Verstöße zu melden.**
- 2. Hierfür wird eine Ansprechperson im Rathaus benannt, die direkt für Abhilfe sorgt oder umgehend die Meldungen an alle Verantwortlichen weiterleitet und nachhält.**
- 3. Der Kreis Gütersloh als Auftraggeber wird aufgefordert, ebenfalls eine Ansprechperson für die Bürgerbeschwerden zu benennen.**
- 4. Die Verwaltung kontrolliert Haftungsregeln, Durchführungsqualität und Dokumentation der Leitungsarbeiten selbst und berichtet in Abständen dem KUMD-Ausschuss.**
- 5. Die Verwaltung überlegt sich einen Weg, die nach Werther entsandten Bauarbeiter über ihre Rechte und Sozialstandards aufzuklären. Sie informiert über das DGB-Projekt „Faire Mobilität“ und über die vom NRW-Ministerium (MAGS) geförderten Beratungsstellen gegen Ausbeutung.**

Jürgen Schäfer für die WDGA-Fraktion

Report Mainz „Hungern trotz Arbeit - Ausgebeutet im Glasfaserausbau“ (10 min.)

<https://www.ardmediathek.de/video/report-mainz/hungern-trotz-arbeit-ausgebeutet-im-glasfaserausbau/das-erste/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZXgvybzlWMDI3NjA>

Beratungsstellen Arbeit in Nordrhein-Westfalen - Ortsnahe Anlaufstellen und Baustein eines Netzwerks gegen Arbeitsausbeutung

<https://www.mags.nrw/beratungsstellen-arbeit#:~:text=Mit%20den%20%22Beratungsstellen%20Arbeit%22%20sichert,Netzwerk%20gegen%20Arbeitsausbeutung%20gelegt%20worden>

Beratungsstelle Arbeit, Gütersloh

<https://www.mags.nrw/beratungsstellen-arbeit-kreis-guetersloh>